

1 **E1 Hoch die Internationale Solidarität!**

2 **Bundestvortrag**

5 1. Entstehung und Entwicklung der Entwicklungspolitik in Deutschland

6 Die Idee einer, im weitesten Sinne als Entwicklungszusammenarbeit zu definierenden, internationalen
7 Anstrengung zur Modernisierung großer Teile als rückschrittlich betrachteter Regionen der Erde,
8 entstand nach dem Zweiten Weltkrieg als Mittel der US-amerikanischen Außenpolitik zur Sicherung
9 der eigenen internationalen Interessen und Stabilisierung der weltweiten Sicherheitslage.

10
11 Deutschland folgte Anfang der 1960er Jahre. Damals wurde angenommen, dass sich Wohlstand allein
12 durch trickle-down Effekte und Anbindung an die Weltwirtschafts- und Finanzstrukturen einstellen
13 würde. Übersehen wurden dabei nicht nur regionale und kulturelle Unterschiede, sondern auch der
14 ungleiche Zugang zu Ressourcen und Bildung. Diese Politik muss heute als gescheitert angesehen
15 werden, denn sie führte höchstens lokal zu Erfolgen, großteils sogar zur Armutsausbreitung und als
16 Gegenstück dazu zu Wohlstandszuwachs in den Geberländern.

17
18 Als Gegenreaktion zu diesem alten Leitbild von Entwicklung entwickelte sich eine
19 kapitalismuskritische Idee, die auf Umverteilung in der postkolonialen Zeit setzte. Die ökonomisch-
20 globale Schwerpunktsetzung verschob sich zugunsten einer sozial-individuellen. Der Schwerpunkt lag
21 auf der Versorgungsgewährleistung mit Nahrung, Unterkunft, Gesundheit, Bildung und politischer
22 Teilhabe. Durch die Ölkrisen, welche zu starker Verschuldung vieler Entwicklungsländer führten, als
23 auch durch Faktoren wie die Ausbreitung von AIDS und zunehmender Umweltzerstörung,
24 verschärfte sich die Situation in weiten Teilen der Welt noch weiter und gipfelte in zahlreichen
25 Staatskrisen südamerikanischer und afrikanischer Länder, so dass Entwicklungszusammenarbeit über
26 Jahre hinweg erfolglos blieb.

27
28 Ab 1992 erfolgte Entwicklungspolitik zunehmend unter zumindest theoretischer Beachtung der
29 sozialen und politischen Situation eines Landes, sowie Achtung der Menschenrechte und der Rolle
30 der Frau. Nachhaltigkeit, Dezentralisierung und good governance gelten als die zentralen Begriffe und
31 Entwicklungszusammenarbeit soll vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein. Ein ideologisches
32 Gesamtkonzept fehlt, so dass Ansätze und Leitbilder der letzten Jahrzehnte oft miteinander verknüpft
33 oder parallel betrieben werden. Dem bereits 1970 formulierten und 2005 von der EU neu bekräftigten

1

2 Demokratisierung bedeutet aber auch, dass es keinen finalen Entwicklungspfad gibt. Das bedeutet, es
3 gibt viele Wege zum Ziel und das Ziel ist nicht von vornherein festgelegt. Die Menschen müssen in
4 der jeweiligen Situation selbst entscheiden, was sie wollen, wo sie Schwerpunkte setzen. Das Ziel wird
5 immer wieder neu definiert. Es gibt keinen Zielpunkt, an dem wir das Projekt für erledigt erklären.

6

7 Gerechtigkeit:

8 Entwicklungspolitik beschränkt sich aus unserer Sicht nicht auf den Bau von Krankenhäusern und
9 Brunnen. Wir brauchen eine weltweite Umverteilung von Vermögen, um Gerechtigkeit zu
10 verwirklichen. Dies muss sich in der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik wieder
11 spiegeln. Wir brauchen eine Industrialisierung der Entwicklungsländer, denn die bisherige
12 internationale Arbeitsteilung (Rohstofflieferanten und Produzenten) führt zu Abhängigkeiten und zu
13 Ungleichheiten zwischen den Ländern. Gleichzeitig kämpfen wir für eine Demokratisierung der
14 Wirtschaft weltweit. Grundsätzlich muss die Wirtschaft der Allgemeinheit dienen. In diesem Sinne
15 findet Entwicklungspolitik in allen Politikfeldern statt.

16 Gleichzeitig darf Entwicklungspolitik nicht nur ein Reperaturbetrieb sein.
17 Entwicklungspolitik muss die Strukturen grundlegend verändern und nicht nur von Notlage zu
18 Notlage hetzen.

19

20 Gerechtigkeit bedeutet auch, dass wir uns Interessenskonflikten aktiv stellen. Zum Beispiel zwischen
21 dem Recht eines jeden auf Elektrizität und dem Bau von Großstaudämmen. Dass wir versuchen
22 Alternativen zu entwickeln und so den Slogan eines nachhaltigen Fortschritts und Wachstums mit
23 Leben zu füllen. Eine Umweltpolitik, darf zu keinem Fortschrittsverzicht von Entwicklungsländern
24 führen. Und Wachstum darf nicht die Lebensgrundlagen von Menschen zerstören.

25

26 Entwicklungspolitik soll die Menschen stärken, es geht nicht nur darum, Notlagen zu überwinden.
27 Das Ziel ist es, dass jeder Mensch selbstbestimmt sein Leben gestalten kann. Dafür braucht es unter
28 anderem finanzielle Sicherheit, den Zugang zu Daseinsvorsorge, aber auch eine emanzipatorische
29 Bildungspolitik, die Menschen zum kritischen Denken erzieht.

30

31

32 3. Außenhandel, Freihandel und Ökonomie

33 Entwicklungspolitik wird zu einem nicht unerheblichen Teil durch handels- und finanzpolitische
34 Maßnahmen bestimmt. Ausgangssituation ist dabei immer noch ein eklatantes Ungleichgewicht von

1 wirtschaftlicher Stärke und damit verbunden technischen, wissenschaftlichen und finanziellen Mitteln,
2 die zu einem für die Entwicklungsländer negativen Machtgefälle führt. Auswirkungen zeigt dies zum
3 Beispiel bei der fortschreitenden Freihandelspolitik, die inzwischen oft nicht mehr nur von der
4 Welthandelsorganisation WTO, binational zum Beispiel von Deutschland, sondern zwischen
5 Freihandelszonen und einem Drittstaat ausgehandelt werden, wie die zahlreichen Handels- oder
6 Kooperationsabkommen der EU deutlich zeigen. Die Verhandlungsspielräume der Akteure und
7 Aktrizen, gerade, wenn es sich nicht um Länder mit vergleichbarer Wirtschaftsleistung handelt,
8 werden dadurch noch weiter minimiert. Auch wenn kein Land zum Abschluss eines
9 Freihandelsabkommens gezwungen ist, erscheint ein solches auf den ersten Blick attraktiv. Tatsächlich
10 fallen dadurch Zölle und nichttariffäre Handelsbeschränkungen. Die Folge sind wechselseitige
11 Export- und Importsteigerungen und verstärkter Kapitalfluss. Dies kann zu positiven Auswirkungen
12 nicht nur auf die Wirtschaften, sondern auch auf die Arbeitsmarktsituation und damit zur finanziellen
13 Besserstellung der Bevölkerung führen. Je größer jedoch die strukturelle Ungleichheit zwischen den
14 beiden Ökonomien ist, desto wahrscheinlicher ist auch das Risiko, dass Vorteile des Abkommens nur
15 für die entwickeltere Wirtschaft bestehen. Betriebe, gerade kleiner- und mittelständischer Art, können
16 sich nicht gegen die vielfältig besser ausgestattete ausländische Konkurrenz wehren.
17 Großunternehmen, die sich behaupten können, mehren vor allem das Vermögen von Eliten oder
18 ausländischer Investoren und nicht der breiten Bevölkerungsschicht. Sie sind es aber oft gerade, die an
19 dem Abschluss von Handelsabkommen maßgeblich beteiligt sein. Statt Angleichung der
20 Lebensverhältnisse werden strukturellen Nachteile und Abhängigkeiten weiter verfestigt.

21

22 Erschwerend hinzu kommt die spezielle Behandlung der Landwirtschaft, welche oftmals den einzigen
23 Teilwirtschaftsbereich darstellt, in dem Produkte der Entwicklungsländer tatsächlich konkurrenzfähig
24 sind. In Abkommen wird der Sektor aber zumeist ausgenommen oder durch hohe interne und
25 Export-Subventionen der EU oder anderer Industrieländer künstlich besser gestellt. Die
26 Agrarsubventionen führen aber nicht nur zu einer Gleichstellung der Marktpreise landwirtschaftlicher
27 Produkte in den unterschiedlichen Ländern, sondern drücken den Preis der europäischen im
28 Endeffekt sogar unter den Erzeugerpreis in den Entwicklungsländern, welche selbst zur Unterlassung
29 sämtlicher Subventionen eigener Produkte verpflichtet werden. Zu spüren bekommen das vor allem
30 Kleinbauern und -bäuerinnen. Das Ergebnis dieser Politik sind eine eigentlich unrentable und
31 kostenintensive Agrarwirtschaft in den Industriestaaten und die Zerstörung vital wichtiger
32 Landwirtschaft, so wie Importabhängigkeit der Entwicklungsländer.

33

34 Aktuelle Handelspolitik stellt sich damit mehr als protektionistische Maßnahme dar, die eine
35 tatsächliche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern nur als oberflächlichen

1 Deckmantel benutzt. Durch die Verhinderung von wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit
2 steht sie im diametralen Gegensatz zu den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit.

3

4 Wir Jusos fordern daher:

5 ein radikales Umdenken im Bereich der Handelsleitlinien. Nachhaltigkeitsaspekte und soziale
6 Auswirkungen auf die Gesellschaft durch Handelsabkommen müssen offen thematisiert und
7 Lösungsmöglichkeiten zu beidseitigem Vorteil Grundlage der Abkommen werden. Dazu gehört es
8 den Entwicklungsländern gleiche Rechte zuzugestehen, wie sie sich auch Deutschland oder die EU
9 herausnimmt. Entwicklungsländer müssen in der Lage sein, ihre Wirtschaftspolitik aktiv selbst zu
10 gestalten und nicht nach Interessen anderer auszurichten. Das beinhaltet auch die Möglichkeit,
11 Exportbeschränkungen oder Importkontingente festzulegen.

12 Wir fordern außerdem den Abbau von europäischen Subventionen landwirtschaftlicher Produkte, um
13 Entwicklungsländern eine realistische Chance auf einen eigenen funktionierenden Agrarsektor zu
14 schaffen und damit die Versorgungssicherheit im jeweiligen Land zu sichern, als auch die
15 Möglichkeit, effektiven wirtschaftlichen Nutzen für die eigene Volkswirtschaft zu ziehen.

16 Süd-Süd-Kooperationen untereinander können eine Alternative zu stark strukturell unterschiedlichen
17 Handelskooperationen zum gegenseitigen Nutzen und breiter Wohlförderung sein.

18 Eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Förderung von Entwicklungsländern können
19 Direktinvestitionen sein. Jedoch entfällt nur ein Bruchteil der weltweit eingesetzten
20 Direktinvestitionen auf Entwicklungsländer. Um das Risiko von finanziellen Verlusten gering zu
21 halten, werden Investitionen meist an den Abschluss von Investitionsschutzabkommen (Bilateral
22 Investment Treaties) gekoppelt. Da gerade die ärmeren Regionen der Welt Finanzspritzen aus dem
23 Ausland dringend benötigen, werden die Konditionen der Schutzabkommen meist von den
24 Geberländern bestimmt. Da Kapital und damit die Möglichkeit Direktinvestitionen zu tätigen
25 zugunsten weniger verteilt ist, die Notwendigkeit von Finanzhilfen aber in vielen Ländern besteht,
26 kommt es zu race to the bottom Effekten zum weiteren Nachteil der Entwicklungsländer.
27 Investitionen führen zwar tatsächlich zu einem kurzfristigen Finanzzufluss und auch können Technik
28 und Wissenschaftstransfer für das Empfängerland von Vorteil sein. Mittel- und langfristig fließen
29 Gewinne jedoch meist wieder aus dem Land ab. Hochproblematisch ist außerdem, dass für die
30 Investitionen das jeweilige Rechtssystem nicht gilt, sondern die im Vertrag ausgehandelten
31 Grundlagen, so wie die Möglichkeit des Investors das Empfängerland vor internationalen
32 Schiedsgerichten zu verklagen. Daraus folgt, um Schadensersatzforderungen zu entgehen, die
33 Verengung nationaler Handlungsspielräume. Durch die Verträge wird außerdem ein Umgehen
34 nationaler Schutzrechte, gerade im Bereich Umwelt und Arbeitsbedingungen, ermöglicht. Dies hat
35 nicht nur fatale Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Natur des Empfängerlandes, sondern

1 kann auch zum Abbau von Standards in der gesamten Region führen, um konkurrenzfähig zu werden.
2 Am Markt treffen sich dann im Endeffekt die bereits grundsätzlich strukturell bessergestellten
3 ausländischen Unternehmen, die weiter bevorteilt werden, auf einheimische Betriebe. Insgesamt lässt
4 sich so feststellen, dass Direktinvestitionen Vorteile für beide Seiten erbringen können, wenn die
5 Rahmenbedingungen nicht zu einseitiger Bevorteilung führen. Vermögensanlagen im Ausland sollten
6 daher Teil einer breit aufgestellten Entwicklungspolitik sein, soweit sie den beiderseitigen Nutzen
7 deutlich vor einseitiger Vorteilsnahme des Geberlandes stellen. Gerade um fragile Staatsgewalt und
8 instabile politische Verhältnisse nicht weiter zu erschüttern, muss auch bei
9 Investitionsschutzabkommen die staatliche Handlungsfähigkeit geschützt und aufrecht erhalten
10 werden. In keinem Fall darf durch diese Abkommen eine Unterwanderung der in
11 Entwicklungsländern sowieso schon oft minimalistisch ausgestalteter Arbeitnehmer- und
12 Umweltschutz unterwandert werden. Direktinvestitionen haben einen großen Einfluss auf die
13 Situation im Empfängerland und müssen daher in die Zielrichtungen von
14 Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Nur durch einen solch breiten Ansatz kann
15 Entwicklungspolitik tatsächlich Erfolge erzielen.

16

17 5. Entwicklungspolitik und Klimawandel

18 Der Klimawandel und die mit ihm einhergehend Erderwärmung bedrohen zunehmend das Leben, die
19 Gesundheit und die Existenzgrundlage von Millionen Menschen des globalen Südens. Der Umgang
20 mit den Folgen des Klimawandels für Menschen und Umwelt ist eine der drängenden
21 Zukunftsaufgaben für die internationale Gemeinschaft. Besonders an die
22 Entwicklungszusammenarbeit stellen sich neuen Herausforderungen.

23

24 Vor diesem Hintergrund ist essentiell, zum einen die Emission von Treibhausgasen einzudämmen
25 und zum anderen eine Anpassung an veränderte Umweltbedingungen vorzunehmen.

26

27 Obwohl für den bisherigen Klimawandel vor allem die Industrieländer verantwortlich sind, befindet
28 sich der Großteil der am härtesten betroffenen Länder in der so genannten Dritten Welt. Zwar sind
29 auch Auswirkungen der Erderwärmung in Mitteleuropa und Nordamerika zu erwarten und zum Teil
30 bereits zu spüren, doch die Intensität ist geringer und die sozialen Auswirkungen aufgrund der
31 besseren wirtschaftlichen Lage und Infrastruktur besser zu beherrschen. Es ist daher folgerichtig und
32 nur gerecht, dass auf den letzten UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen und Cancun die
33 Einrichtung eines Anpassungsfonds beschlossen wurde.

34

Beschlussbuch
Juso-Bundeskongress 2011
„Gerecht für alle“

*25. -27.November in der Musik- und Kongreßhalle
Lübeck*

